

welche Politik und welche konkreten Ziele unsere Delegationen im Rahmen dieser Konferenzen anstreben.

2. Die Schweiz leistet konkrete Beiträge an internationale Abrüstungsbestrebungen. Ich nenne z. B. das Programm der Deza zur Wiedereingliederung ehemaliger Söldner und Soldaten in Moçambique, das Engagement des Schweizerischen Erdbebendienstes im Rahmen der Überwachung von Atomversuchen, die Arbeiten des AC-Labors in Spiez für die geordnete Entsorgung der militärischen Altlasten in Osteuropa. Herr Bundesrat, ich frage Sie: Weshalb finden diese konkreten Beiträge der Schweiz zur internationalen Abrüstungs- und Friedenspolitik keine Erwähnung in diesem Bericht?

3. Die Schweiz hat sich gemeinsam mit den blockfreien Ländern lange gegen die unbeschränkte und bedingungslose Verlängerung des Atomsperrvertrags gewehrt, weil sie wusste, dass dies der einzige Hebel gewesen wäre, um die Atom-mächte zu einem vollumfänglichen Atomwaffenstopp und auch zu negativen Sicherheitsgarantien für die Nichtatomwaffenländer zu bewegen. Warum nur wird dieses Engagement in diesem Bericht nicht zum Ausdruck gebracht?

4. Die Schwierigkeiten bei der Kontrolle strategisch heikler Güter werden in diesem Bericht nicht angeführt, und dies, obwohl im EDA Diskussionen zu diesem Thema stattfinden.

Es fehlen die Stichworte der positiven Anreize, um die Nachfrage nach strategisch heiklen Gütern zu vermindern. Es fehlen auch die Hinweise auf die Zielkonflikte zwischen Kontrollregimes einerseits und einer Embargopolitik andererseits.

5. Es besteht ein aktueller Zielkonflikt zwischen der Verifikation der internationalen Übereinkommen zu den biologischen und chemischen Waffen und den Forschungs- und Industrieinteressen der Schweiz. Nicht zuletzt als Forschungspolitikerin möchte ich wissen, welche Politik man in unserem eigenen Land durchsetzt.

6. Der Bericht führt aus, die Schweiz begrüsse die Weiterentwicklung des Uno-Waffenregisters. Schön und gut. Dann aber möchte ich auch erfahren, weshalb die Schweiz selber der Uno nur Angaben über schwere Waffen, nicht aber auch über leichte Waffen und Bestände liefert. Diese Angaben sind bis heute freiwillig. Andere Länder wie beispielsweise die USA und die Bundesrepublik Deutschland liefern sie.

7. Einen Abschnitt dieses Berichtes möchte ich positiv unterstreichen. Es handelt sich dabei um den Abschnitt 5 zu «Rüstungskontrolle, Abrüstung, Vertrauens- und Sicherheitsbildung in Europa». Dieser kurze Abschnitt ist wohl eines der ersten Dokumente, in dem der Bundesrat klar festhält, dass er sich an internationalen Verhandlungen für Defensivdoktrinen und Verteidigungsstrukturen einsetzt. Allerdings fehlt in diesem Bericht die Darlegung der konkreten Umsetzung dieser Deklaration. Gerade in den Rüstungskontrollvereinbarungen als Folge des Dayton-Abkommens hätte die Schweiz die Aufgabe gehabt, nachdrücklich für eine rein defensive Orientierung einzutreten. Die in Wien kürzlich vereinbarten Obergrenzen für Waffen in Ex-Jugoslawien sind viel zu hoch und bergen das Risiko kostspieliger und destabilisierender neuer Aufrüstungsrunden.

Geradezu magersüchtig kommt der letzte Abschnitt daher: Jener über die Mittel und Möglichkeiten der Schweiz. Ich vermisste hier eine konkrete Abschätzung der Mittel und der Möglichkeiten einer Abrüstungspolitik der Schweiz im internationalen Verbund. Wie Ihnen meine vorhergehenden Ausführungen gezeigt haben, gibt es dazu sehr viele konkrete Beispiele.

Der Bundesrat hat einmal mehr eine Chance verpasst, die Chance, seine Aussenpolitik auch innenpolitisch mit einer Reihe guter, allseits anerkannter und unbestrittener Beispiele abzustützen. Mit diesem «Nichtbericht» bleibt der Bundesrat auf einem Niveau der nichtssagenden Ankündigungspolitik. Ich erwarte vom Bundesrat eine andere Qualität, und ich weiss auch, dass er sie bringen kann, denn das Engagement seiner Beamten bietet dazu Gewähr.

Ich bitte Sie deshalb, diesen «Nichtbericht» zurückzuweisen; auch Sie haben Besseres verdient.

Cotti Flavio, conseiller fédéral: Je constate une chose qui me paraît très importante: Mme Haering Binder connaît parfaite-

ment l'excellent travail fait par les fonctionnaires du département. Je l'en remercie au nom des fonctionnaires concernés. Elle connaît tout l'engagement de notre pays en faveur des mesures de désarmement en général. Le dernier élément qui pourrait être cité a été signé il y a trois jours à Florence: c'est, dans le cadre des accords de Dayton, une convention sur l'équilibre d'armement entre les parties qui est en jeu, sous la direction de l'OSCE. Le tout dernier, vous l'avez évoqué, c'est finalement l'entrée, à certaines conditions, de la Suisse dans la commission de Genève.

Le Conseil fédéral a exprimé dans ce très court rapport – j'en conviens, il est très court – quelques indications de base, les principes essentiels de sa politique que Mme Haering Binder ne conteste pas du tout, si je l'ai bien comprise.

Ich habe in der Tat nicht gehört, dass Frau Haering Binder die Politik des Bundesrates in irgendeiner Form bestritten hätte. Der Bericht ist ausserordentlich kurz. Er zeigt die Hauptgrundsätze der Politik des Bundesrates auf. Der Bericht könnte auf 50 oder 80 Seiten erweitert werden, wenn Sie das wünschen. Wir haben von seiten des Bundesrates eigentlich keinen Mangel an Berichten mit vielen Seiten. Der Bundesrat versucht, zu kürzen und sich auf das Wesentliche zu beschränken. Also nochmals: Wenn Sie einen 80seitigen Bericht wollen, sind wir selbstverständlich bereit, einen solchen zu machen. Es kommt auf Ihren Willen an. Wenn Sie einen längeren Bericht wollen, müssen Sie das nur sagen. Ich bin aber der Auffassung, dass schon aufgrund dieses Kurzberichts eine absolut grundsätzliche Diskussion möglich ist. Ich bitte Sie also, den Rückweisungsantrag wenn möglich abzulehnen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit
Für den Antrag der Minderheit

71 Stimmen
48 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

95.048

Agrarpaket 1995 Paquet agricole 1995

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 478 hiervor – Voir page 478 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 13. Juni 1996
Décision du Conseil des Etats du 13 juin 1996

F. Bundesbeschluss über den Rebbau F. Arrêté fédéral sur la viticulture

Art. 23e, 23f

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Wyss William (V, BE), Berichterstatter: Wie Sie aus den Unterlagen ersehen können, haben wir beim Agrarpaket 95 noch einige Differenzen zu bereinigen:

Am letzten Montag haben wir uns in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben über die Differenzen beim Agrarpaket 95 unterhalten. Dabei ging es nur noch um den Teil V, um den Bundesbeschluss über den Rebbau. Wie Sie den Unterlagen entnehmen können, empfiehlt Ihnen die WAK Zustimmung zum Beschluss des Ständerates. Wir liessen uns bei der Frage der Weinimporte vor allem von den geltenden Rechtsgrundlagen leiten. In Artikel 23b des Landwirtschaftsgesetzes sind die Kompetenzen der Kontingentsregelungen und die

Sollkontingentsmengen klar geregelt. Die Detailausgestaltung liegt in der Kompetenz des Bundesrates. Wir brauchen betreffend die Weinimporte keine neuen Rechtsgrundlagen. Die WAK Ihres Rates schliesst sich also der Auffassung des Ständerates an, der Rebbaubeschluss sei der falsche Ort, um die Weinimporte zu regeln. Der Bundesbeschluss über den Rebbau hat in erster Linie die Qualitätsförderung der Inlandproduktion zum Zweck. Die ganze Diskussion rund um die Weinimporte zeigt ein allgemeines Unbehagen auf. Das war unbestritten. Dieses Unbehagen soll uns aber nicht dazu verleiten, einer unnötigen gesetzgeberischen Hektik zu verfallen. Der Bundesrat ist aufgefordert, seine Kompetenzen im Rahmen des Weinstatuts anzuwenden, in der Frage der Weinimporte die Kontingente spätestens ab 2001 zu globalisieren und auch die Frage der Verteilung der Kontingente klar zu regeln.

Ich empfehle Ihnen, den Anträgen der Kommission für Wirtschaft und Abgaben zuzustimmen.

Maitre Jean-Philippe (C, GE), rapporteur: Nous avons à éliminer la dernière divergence – à vrai dire la seule qui reste – résultant de notre décision du 20 mars 1996. Cette divergence porte sur le problème de la globalisation des contingents de vins rouges et de vins blancs. Il faut peut-être rappeler tout d'abord que l'arrêté fédéral, dont le Conseil fédéral a saisi le Parlement, porte sur le contrôle du commerce des vins et non pas sur la politique d'importation des vins. En tant que tel, le problème dont nous avons à débattre aujourd'hui sur la divergence à l'article 23e est, à certains égards, un corps étranger dans le paquet agricole 1995. Vous le savez, l'ouverture des marchés est là et la production ne remet pas en cause cette ouverture des marchés, mais il lui faut évidemment un peu de temps pour s'adapter, et cela pour trois raisons au moins.

1. Il faut bénéficier de quelques années pour pouvoir prospecter de nouveaux marchés permettant d'accueillir les produits de qualité qui sont produits chez nous. Et cela ne se fait pas évidemment du jour au lendemain.

2. Un certain nombre de producteurs vont devoir, pour partie, reconverter certains vignobles ou certaines parcelles. Et tout le monde sait que des vignes ne peuvent pas être en production immédiatement; il faut pour cela quelques années.

3. Il n'est pas normal de globaliser immédiatement la politique d'importation des vins, par conséquent d'ouvrir immédiatement les marchés, de les libéraliser avec effet rapide, dès lors que la libéralisation des agents de production n'est, elle-même, pas immédiatement acquise.

En réalité, dans cette affaire qui a provoqué une émotion légitime dans les milieux de la production, on tend à jouer les intérêts du négoce contre ceux de la production, et cela est évidemment dommageable. Il est donc nécessaire de se rallier aux propositions et aux dispositions prises par le Conseil fédéral, qui sont l'expression même de la sagesse. En d'autres termes, il faut tout d'abord, sur le principe, fixer une échéance pour la globalisation. Le Conseil fédéral l'a fait et l'a confirmé à répétitions reprises: cette échéance, c'est 2001. En fixant cette échéance, d'ailleurs, le Conseil fédéral a mis fin à un régime de privilèges. Il faut dès lors maintenant laisser au Conseil fédéral le soin de gérer la situation avec souplesse. On sait à cet égard qu'il y a plusieurs méthodes possibles pour attribuer les contingents d'importation. La méthode dite du levrier a provoqué quelques résultats que, par euphémisme, on peut qualifier de pour le moins curieux. Le Conseil fédéral, dans ce contexte, s'est engagé devant le Conseil des Etats à procéder désormais par la méthode de la mise aux enchères. Cela correspond expressément à une revendication de ce Conseil, telle qu'elle a été concrétisée dans l'article 23e, que le Conseil des Etats se propose maintenant de biffer. Il est donc nécessaire, l'échéance étant clairement fixée, de procéder par paliers, de permettre ainsi au Conseil fédéral de gérer avec souplesse, année après année, l'objectif de globalisation conformément à ce qui a, par ailleurs, été annoncé au GATT.

Telles sont les raisons pour lesquelles la Commission de l'économie et des redevances de notre Conseil propose de

suivre la décision du Conseil des Etats et, par conséquent, de biffer les articles 23e et 23f de l'arrêté sur la viticulture.

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

96.022

Rüstungsprogramm 1996 Programme d'armement 1996

Botschaft und Beschlussentwurf vom 11. März 1996 (BBI II 557)

Message et projet d'arrêté du 11 mars 1996 (FF II 545)

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission
Eintreten

Antrag der grünen Fraktion
Eintreten und Rückweisung an den Bundesrat mit dem Auftrag, das Rüstungsprogramm auf die Hälfte des finanziellen Betrages zu kürzen.

Proposition de la commission
Entrer en matière

Proposition du groupe écologiste
Entrer en matière et renvoyer le projet au Conseil fédéral avec mandat de réduire le montant du programme d'armement 1996 de moitié.

Eggly Jacques-Simon (L, GE), rapporteur: Le 11 mars 1996, le Conseil fédéral a adressé à notre Parlement un message concernant l'acquisition de matériels d'armement dit «programme d'armement 1996».

Le 16 avril 1996, notre Commission de la politique de sécurité a examiné ce message et elle vous préavis, à la majorité, l'acceptation de ce programme d'armement.

Dans son message, le Conseil fédéral rappelle que le renouvellement de notre matériel d'armement est annoncé dans le plan directeur «Armée 95». D'une part, le matériel ancien doit être naturellement remplacé. D'autre part, les lacunes les plus importantes doivent être comblées.

Le plan directeur, rappelle le Conseil fédéral, devait porter sur les points suivants: la protection de l'espace aérien, la conduite (transmissions, explorations, guerre électronique), le combat par le feu, la mobilité, l'instruction et l'équipement général. La conception de l'engagement décrite dans le plan directeur «Armée 95», notamment la défense dynamique du territoire, exige, dit le Conseil fédéral, des moyens de conduite et d'exploration modernes, le retard étant important sur ce point. Le maintien de l'efficacité au combat et du matériel mis en service, l'adoption d'une technologie moderne, sont essentiels pour les moyens de feu.

En considération de ce plan directeur de l'armée, il y a eu une étape de réalisation 1992–1995 et il y a une planification à moyen terme 1996–1999. L'étape de réalisation 1992–1995 a été une étape majeure en vue de la réalisation d'«Armée 95» au plan du matériel.

Vous le savez, la protection de l'espace aérien a été le principal bénéficiaire des moyens mis à disposition, puisque plus de la moitié des crédits d'engagements lui ont été attribués. Cela a été évidemment toute la question du F/A-18 qui nous a occupés durant la dernière législature.

En raison de l'importance particulière du programme d'armement 1992, le programme d'armement 1994 a été abandonné. Si l'on compare, dit le Conseil fédéral, les déclara-

Agrarpaket 1995

Paquet agricole 1995

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1996
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	95.048
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.06.1996 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1022-1023
Page	
Pagina	
Ref. No	20 040 385

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.